ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hentze, Tobias

Research Report

Stillstand bei den Investitionen

IW-Kurzbericht, No. 18.2017

Provided in Cooperation with:
German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Hentze, Tobias (2017) : Stillstand bei den Investitionen, IW-Kurzbericht, No. 18.2017, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/157608

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

IW-Kurzberichte 18. 2017

Tobias Hentze

Stillstand bei den Investitionen

Obwohl Defizite in der Infrastruktur vielfach beklagt werden, steigt die öffentliche Investitionsquote nicht. Zwar gelingt es Bund und Gemeinden nach vorläufigen Daten für das Jahr 2016 den investiven Anteil an den Ausgaben zu erhöhen, doch bei den Ländern geht der Trend abwärts.

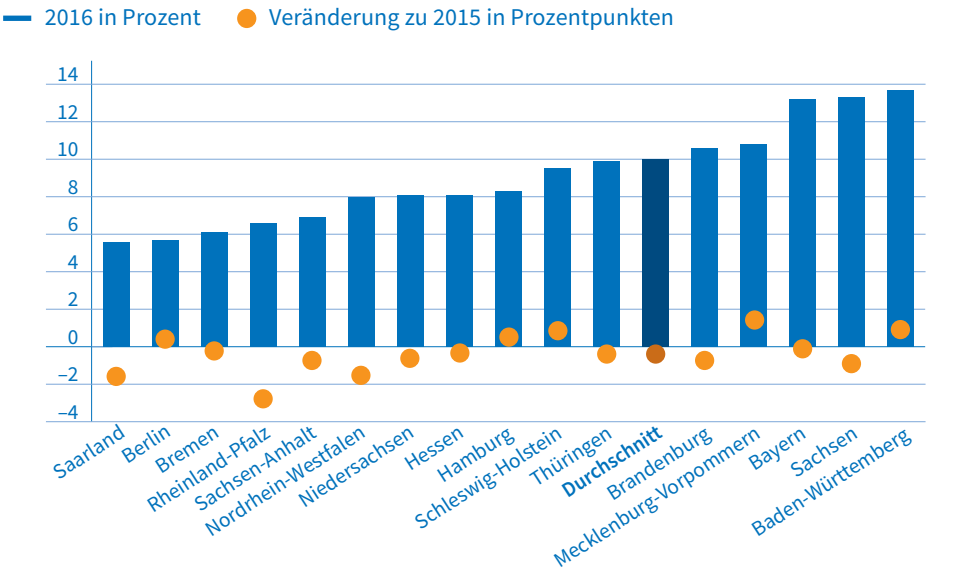
Öffentliche Investitionen bilden die Voraussetzung für eine Erneuerung und einen Ausbau der Infrastruktur. Der Zustand der Straßen, der Grad der Digitalisierung und die Qualität der Bildungseinrichtungen entscheiden mit über die wirtschaftliche Dynamik einer Volkswirtschaft. In Deutschland wird derzeit vielfach gefordert, dass die öffentliche Hand die Investitionen erhöhen soll (BMWi, 2017; Expertenkommission, 2015).

Die Gebietskörperschaften investierten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2017) von Januar bis September 2016 zusammen 52,4 Milliarden Euro und damit 2 Milliarden Euro mehr als im Vergleich zu den ersten neun Monaten 2015. In der Summe bleibt die Investitionsquote von Bund, Ländern und Gemeinden gegenüber dem Vorjahreszeitraum damit konstant bei 8,2 Prozent. Aufgrund der Erfahrung aus den Vorjahren ist für das Gesamtjahr mit leicht höheren Investitionsquoten zu rechnen (Hentze et al., 2016).

Die Dynamik ist mit Blick auf die Gebietskörperschaften und die Regionen sehr heterogen. Ausgehend von den ersten neun Monaten des Jahres 2016 ist es Bund und Gemeinden gelungen, nicht nur absolut, sondern auch relativ die öffentlichen Investitionen zu erhöhen. Bei den Ländern ist dagegen insgesamt ein deutlicher Rückgang zu beobachten.

Länder und Gemeinden geben gemessen an den bereinigten Ausgaben der Kern- und Extrahaushalte insgesamt jeden 10. Euro für Investitionen aus. Das sind 4 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Steigerung auf Ebene der Gemeinden, die insgesamt mehr als 20 Milliarden Euro oder 11,7 Prozent ihrer Ausgaben im Jahr 2016 investiert haben, kann das Minus auf Länderebene nicht ausgleichen. Die Länder haben 17 Milliarden Euro investiert, das entspricht einer Investitionsquote von 6,2 Prozent. Damit haben sie nicht nur relativ, sondern auch absolut weniger investiert als im Vorjahreszeitraum.

Investitionsquote von Ländern und Gemeinden*



* Anteil der Investitionen an den bereinigten Ausgaben der Kern- und Extrahaushalte nach Bundesländern für die ersten neun Monate 2016 und im Vergleich zum Vorjahreszeitraum
Urspungsdaten: Statistisches Bundesamt, 2017

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Am deutlichsten fällt der Rückgang bei Ländern und Gemeinden in Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Nordrhein-Westfalen aus. Gegen den Trend behaupten sich Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg sowie die Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Die höchste Investitionsquote weist Baden-Württemberg auf, gefolgt von Sachsen und Bayern. Am Ende rangieren das Saarland und Berlin (Grafik).

Aus den Haushalten der Gemeinden fließen von den gesamten Investitionen 2 von 3 Euro in Baumaßnahmen, auf Landesebene ist es gut jeder 4. Euro und im Bund jeder 3. Euro. Bund und Länder leisten einen großen Anteil der Investitionsausgaben als Zuschüsse an andere Bereiche, das heißt insbesondere im Falle des Bundes an die Länder und im Falle der Länder an die Kommunen. Beim Bund macht das die Hälfte der Investitionsausgaben aus, bei den Ländern ein Viertel.

Literatur

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2017, Jahreswirtschaftsbericht 2017, Berlin

Expertenkommission - Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland", 2015, Stärkung von Investitionen in Deutschland, Bericht der Expertenkommission im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, Zusammenfassung, Berlin

Hentze, Tobias / Engels, Barbara / Plünnecke, Axel / Puls, Thomas / Röhl, Klaus-Heiner, 2016, Die wirtschaftliche Situation Nordrhein-Westfalens – Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen, Gutachten im Auftrag von unternehmer nrw, Köln

Statistisches Bundesamt, 2017, Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts, 1.-3. Vierteljahr 2016, Finanzen und Steuern, Fachserie 14, Reihe 2, Wiesbaden